

Gewerkschaften im Aufschwung?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

Björn Böhning und Kai Burmeister



Foto: Christian Kiel

» Die jüngsten Kongresse von ver.di und IG Metall haben deutlich gemacht, die Gewerkschaften sind wieder da. Auch die Leitartikler der großen Zeitungen kamen nicht umhin, von neuem Selbstbewusstsein und einer wieder erstarkten Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu sprechen. Vergessen also die Zeiten in denen sich die Gewerkschaften auf ihren Niedergang vorbereiten und sich dabei noch in Richtungskämpfen aufreiben?

Auch wenn die Gewerkschaftstage der beiden größten DGB-Gewerkschaften nach Innen wie nach Außen ein Signal der wieder neu gefundenen Stärke gewesen sind, so kommt, exemplarisch mit dem Streik der Lokführergewerkschaft, eine grundsätzliche Auseinandersetzung auf die Gewerkschaften und die industriellen Beziehungen insgesamt zu. Folgen nach Piloten, Ärzten und Lokführern demnächst auch andere Berufsgruppen, die ihre besondere Stellung im Unternehmen für die eigene Interessendurchsetzung ohne Rücksicht auf andere Beschäftigtengruppen innerhalb einer Belegschaft nutzen werden? Nicht ausgeschlossen, so die Einschätzung von Klaus Dörre, der die verschiedenen Quellen gewerkschaftlicher Macht analysiert und die DGB-Gewerkschaften in der Zwickmühle zwischen alten und nicht mehr funktionierenden Spielregeln des korporatistischen Systems und einer größer werdenden Gruppe prekär Beschäftigter sieht. Dörre lässt den Blick über den nationalen Tellerrand streifen und sieht international vergleichend einige Beispiele, in denen Gewerkschaften „aus der Krise zur Erneuerung“ gelangt sind.

» Im Zuge der Sicherung gewerkschaftlicher Einflussräume bildet die Mitgliedergewinnung den Nukleus künftiger Aufgabstellungen. Auf die besondere Bedeutung des Organizing in diesem Zusammenhang geht Juri Hälker ein. Für den Autor stellt Organizing „eine kampagnenorientierte Form des Aufbaus betrieblicher Interessenvertretung sowie der gewerkschaftlichen Mitgliedergewinnung dar“. Gerade weil unter diesem Dach mittlerweile eine große Bandbreite von Ansätzen auftaucht, schaut Hälker nach den Ursprüngen bei der amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft und plädiert für weitere Testläufe dieses Ansatzes durch die deutschen Gewerkschaften.

Doch nicht nur die Mitgliedergewinnung und Aktivierung steht im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Diskussion, auch die interessenpolitische Durchsetzung in der politischen Arena ist aktuell Bestandteil kontroverser Debatten. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 war in der Einleitung zum spw-Schwerpunkt (Heft 144) zu lesen: „Die Frage nach dem Verhältnis der Gewerkschaften zur Bundesregierung und allen Oppositionsparteien (wird) sich funktionaler und rationeller stellen lassen.“ Auch wenn innerhalb der Organisationsstrukturen die Gefechte um die parteipolitische Orientierung nach wie vor ausgetragen werden, so scheint sich insgesamt eine versachlichte Beziehung zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien abzuzeichnen. Mit dem Beitrag von Andreas Stepphuhn, der als Vorstand der IG BAU auch Mitglied der SPD-Bundestagfraktion ist, sowie dem Artikel von

Richard Detje, Mitarbeiter von wissentransfer.info und Otto König, Mitglied im Vorstand der IG Metall, erscheinen im Schwerpunkte zwei – sicherlich in der gewerkschaftlichen Debatte nicht ungeteilte – Diskussionsangebote über das politische Mandat der Gewerkschaften und den Perspektiven der Zusammenarbeit von SPD und Gewerkschaften. Die sich aus dieser Debatte ergebenden Schlussfolgerungen für spw als Brücke der sozialdemokratischen Linken zu den Gewerkschaften werden unseren Zusammenhang dabei in den nächsten Jahren weiter begleiten.

» Der Beitrag „Gewerkschaftspolitik mit neuen Mitteln“ von Wolfgang Rose und Klaus-Dieter Schwetzscher geht über die Frage parteipolitischer Bündnisse hinaus und versucht gesellschaftliche Bündnisse in den Mittelpunkt zu stellen. Seit einiger Zeit häufen sich Beispiele, bei denen Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen mit Hilfe von direktdemokratischen Instrumenten auf kommunaler Ebene Privatisierungen öffentlicher Aufgaben verhindert haben. Das Hamburger Beispiel zeigt dabei, dass eine Mehrheit bei einem Bürgerentscheid nicht automatisch das Ende der Privatisierungsbestrebungen bedeutet. Gleichwohl plädieren die Autoren für eine Erweiterung gewerkschaftlicher Politik zu Gunsten direkter Demokratie.

» Die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften ist eng verknüpft mit der Arbeitsmarktentwicklung. Es ist viel Zeit vergangen, bis den Rückschritten a la Ein-Euro-Jobs und Minijobs sowie den Angriffen auf kollektivvertragliche Arbeitsstandards eine Offensivstrategie gegenübergestellt werden konnte. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit sowie die Verlagerungsdrohung waren lange Zeit ursächlich dafür, dass begleitet durch die Rhetorik „Sozial ist was Arbeit schafft“ prekäre Arbeitsformen immer weiter zugenommen haben. In den letzten Jahren ist eine Wende zu beobachten. Mit dem Begriff „Gute Arbeit“ ist ein Gegenkonzept zur Prekarisierung entstanden, das von den Gewerkschaften aus auch

in den Wortschatz der politischen Parteien überführt werden konnte. Der spw-Schwerpunkt „Der Arbeit wieder Würde geben“ (Heft 149) hat deutlich gemacht, dass es dabei weit mehr als um die Schaffung einer Lohnuntergrenze in Form gesetzlicher Mindestlöhne geht. Kathleen Kollwe greift in ihrem Beitrag „Gute Arbeit“ auf und plädiert für eine europaweite Vorgehensweise in der Auseinandersetzung um die arbeitspolitische Gestaltung. Abgerundet wird der Schwerpunkt durch eine Literaturschau von Kai Burmeister.



Foto: www.photocase.com; © frau.lueders

Dieser Heftschwerpunkt der spw steht im Kontext unserer Diskussion um „Moderne Arbeits- und Lebensweise“, die sich im nächsten Jahr stärker mit den Ansprüchen der Beschäftigten an Erwerbsarbeit und ihre Inhalte beschäftigen wird. Es geht uns darum, nicht nur neue sozialstaatliche Anforderungen an eine flexible Arbeitswelt konzeptionell zu formulieren, sondern auch neue Sicherheiten in der Arbeit einzuziehen. Den ersten Fokus bildet eine Debatte über die Konzeption der in unserem Bereich entwickelten Arbeitsversicherung. Diese wird auch Einzug in die sozialdemokratische Debatte finden. Den zweiten Fokus bildet die Diskussion um würdevolle und flexible Formen des Renteneintritts durchaus auch als gewerkschaftliches Handlungsfeld. Zudem wollen wir Antworten auf die Spaltung der Belegschaften und die soziale Regulierung der Leiharbeit geben. Dabei können staatliche und tarifpolitische Interventionen eine sinnvolle Symbiose eingehen. ■

☞ Björn Böhning, ist Mitglied des SPD-Parteivorstandes und der spw-Redaktion. Er lebt in Berlin.

☞ Kai Burmeister, ist Mitglied im spw-Arbeitsausschuss und wohnt in Offenbach.